Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3101

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

168. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 25. Februar 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

I. 1. Abgeordnete **Frau Herklotz**

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß Schwerkriegsbeschädigte, die der gesetzlichen Rentenversicherung angehören, bis zum 65. Lebensjahr ihren Dienst versehen müssen, während Beamte auf ihren Antrag bereits mit dem 62. Lebensjahr in den Ruhestand versetzt werden können?

I. 2. Abgeordneter **Fritsch**

Wann ist mit der Neufassung der Richtlinien zur Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen mit dem Ziele zu rechnen, eine größere Ausnutzung der Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds in Brüssel für die Umschulung von Arbeitskräften, die aus der Landwirtschaft ausscheiden, zu erreichen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

II. 1. Abgeordneter **Peiter**

Wie weit sind die Pläne der Bundesregierung gediehen, in den Landgemeinden Fernsprechhäuschen mit Münzfernsprecher aufzustellen?

II. 2. Abgeordneter **Felder**

Ist der Bundespostminister bereit, geeigneten Künstlern Auftrag für die Vorlage neuer Entwürfe zu erteilen, die die Ersetzung oder Vermehrung der gegenwärtig noch in Gebrauch befindlichen Formulare für Glückwunschtelegramme zum Ziele haben?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

Abgeordneter **Felder**

Ist der Bundesfamilienminister bereit, die Ratschläge näher zu erläutern, die er nach einer Pressemeldung im spanischen Kulturzentrum in Bad Godesberg kinderreichen Gastarbeiterfamilien gegeben hat, die besagten, der Eigenheimbau lohne sich für die Gastarbeiter in jedem Falle, „da in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren die Baupreise rascher steigen würden, als die Geldentwertung fortschreite"?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

IV. 1.	Abgeordneter **Dr. Starke**	Ist die Bundesregierung zur Verbesserung der politischen und psychologischen Situation in den Zonenrandgebieten bereit, in ihrem Zuständigkeitsbereich im weitesten Sinn (einschließlich der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Deutschen Bundesbahn usw.) darauf hinzuwirken und auf die Länder dahin gehend einzuwirken, daß jede Verlegung von Behörden oder Behördenteilen, von Anstalten, Betrieben und sonstigen Einrichtungen der öffentlichen Hand sowie von kasernierten Formationen aus dem Zonenrandgebiet heraus grundsätzlich unterbleibt, auf alle Fälle aber ebenso wie die Verlegung innerhalb des Zonenrandgebiets vor Abschluß der Planung und vor Vollzug auf ihre unbedingte Notwendigkeit und mit dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen auf die Vorrangigkeit vor zonenrandpolitischen Erfordernissen geprüft wird?
IV. 2.	Abgeordneter **Dr. Starke**	Ist die Bundesregierung bereit, vorab in ihrem Bereich anzuordnen und den Ländern nahezulegen, daß zunächst beabsichtigte Verlegungen der in Frage IV/1 bezeichneten Art unterbleiben?
IV. 3.	Abgeordneter **Dr. Starke**	Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit den Ländern zu prüfen, wie dort, wo Verlegungen aus dem Zonenrandgebiet heraus mit weitreichenden tatsächlichen und psychologischen Auswirkungen stattgefunden haben, ein Ausgleich geschaffen werden kann?

V. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

V. 1.	**Abgeordneter Baier (Mosbach)**	Hat die Note der Bundesregierung vom 20. Mai 1963 an die Sowjetunion in der Frage der Repatriierung von Deutschen, die in der Sowjetunion leben, zur verstärkten Ausreisegenehmigung aus der Sowjetunion geführt?
V. 2.	**Abgeordneter Baier (Mosbach)**	Wieviel nicht erledigte Anträge auf Ausreise von Deutschen aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik liegen bei den zuständigen Stellen noch vor?
V. 3.	Abgeordneter **Baier (Mosbach)**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den in der Sowjetunion seit nunmehr zwei Jahrzehnten auf Rückführung bzw. Familienzusammenführung wartenden Deutschen behilflich zu sein?

V.	4. Abgeordneter **Jahn**	Wird die Bundesregierung mit der gleichen Entschiedenheit, mit der sie nunmehr die Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete ablehnt, sich für ein Verbot der Mitwirkung deutscher Rüstungswissenschaftler und -techniker an der Rüstungsproduktion in Spannungsgebieten einsetzen?
V.	5. Abgeordneter **Jahn**	Hält die Bundesregierung an der in der Fragestunde der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Januar 1965 durch Herrn Staatssekretär Dr. Carstens erteilten Antwort fest, ihr seien Einzelheiten über die Tatsache des kürzlich erfolgten erneuten Eintritts deutscher Waffentechniker und Ingenieure in ägyptische Dienste nicht bekannt gewesen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VI.	1. Abgeordneter **Rollmann**	Welche Staaten haben bisher das Brüsseler Abkommen über blinde Passagiere vom 10. Oktober 1957 ratifiziert?
VI.	2. Abgeordneter **Rollmann**	Beabsichtigt die Bundesregierung dem in Frage VI/1 genannten Abkommen beizutreten?
VI.	3. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Wie hoch sind die Druck- und Verteilungskosten der Broschürenreihe „Die Orientierung über den Zivilschutz"?
VI.	4. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Wie hoch sind die Auflagen der einzelnen Hefte der in Frage VI/3 genannten Broschürenreihe?
VI.	5. Abgeordneter **Kubitza**	Ist die Bundesregierung bereit, für die Bundesverwaltung anzuordnen, daß die ehrenamtliche außerdienstliche Tätigkeit in gemeinschaftsfördernden Einrichtungen stärker als bisher bei der dienstlichen Beurteilung berücksichtigt wird?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VII.	1. Abgeordneter **Geiger**	Erkennt die Bundesregierung nach den ersten sechs Wochen seit dem Inkrafttreten bereits offensichtliche Mängel und Fehler des Zweiten Gesetzes zur Sicherung des Straßenverkehrs?
VII.	2. Abgeordneter **Geiger**	Hat die Bundesregierung von den Ländern bereits erste Erfahrungsberichte über das Zweite Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs erhalten?
VII.	3. Abgeordneter **Geiger**	Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich die Zahl der vorläufig eingezogenen Führerscheine im Januar 1965 stark erhöht hat, wenn man den Januar früherer Jahre, etwa 1963/1964, zum Vergleich heranzieht?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der seinerzeitigen Anlage des Westwalls, wie z. B. in der Gemeinde Neuburg (Rhein), sowohl private als auch gemeindliche Grundstücke zur Herstellung eines Kampfwagenabwehrgrabens in Anspruch genommen wurden, ohne daß Entschädigungsleistungen an die geschädigten Grundstückseigentümer gewährt wurden?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß den durch die in Frage VIII/1 geschilderte Inanspruchnahme geschädigten Grundeigentümern für die durch diese Anlagen unbrauchbar gewordenen Grundstücke oder Grundstücksteile Steuern und Abgaben grundsätzlich erlassen werden, bis es zu einer generellen Regelung der Entschädigung gekommen ist?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Hauser**

Wird der Bundesfinanzminister der unter dem 11. Dezember 1964 im Landtag Baden-Württemberg angenommenen Entschließung folgen und den in Abschnitt 13 Abs. 2 der Körperschaftsteuerrichtlinien festgesetzten steuerunschädlichen Überschußbetrag von 2000 DM auf 4000 DM anheben sowie gleichzeitig die Einkommensgrenze in Abschnitt 52 Abs. 1 der genannten Richtlinien, bis zu welcher von einer Veranlagung abzusehen ist, für gemeinnützige, kulturelle und sportliche Vereine angemessen erhöhen?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Hauser**

Ist es mit dem Grundsatz der Individualbesteuerung, wie ihn das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 17. Januar 1957 aufgestellt hat, zu vereinbaren und stößt es nicht auf verfassungsrechtliche Bedenken, wenn heute noch gemäß § 46 Abs. 2 Ziff. 1 des Einkommensteuergesetzes dem Ledigen ein Freibetrag von 800 DM aus Nebeneinkünften steuerfrei belassen wird, während Ehegatten, die zusammen veranlagt werden, der doppelte Betrag nicht gewährt wird?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX. 1. Abgeordneter **Varelmann**

Haben Erdgasgewinnung und Erdgasabsatz eine monopolartige Struktur, und besteht die Gefahr, daß eine solche Monopolstellung zum Schaden der Verbraucher ausgenutzt wird?

IX. 2. Abgeordneter **Varelmann**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Erdgasvorkommen preisgerecht den wirtschaftlich wenig entwickelten Gebieten in Nordwest-Niedersachsen angeboten werden, um dadurch die Industrieansiedlung zu beleben?

IX.	3. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, das UFI-Vermögen seinem Bestimmungszweck zuzuführen?
IX.	4. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**	Wie hoch ist die Ausfallquote bei Kleinkrediten an jedermann?
IX.	5. Abgeordneter **Moersch**	Billigt es die Bundesregierung, daß die Frankfurter Messegesellschaft Privatfirmen aus der Sowjetzone auf der Frankfurter Messe unter Hinweis auf Raummangel die Errichtung eines Messestandes verweigert?
IX.	6. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Hat die Bundesregierung von der Lizenzvergabe für den Bau von Wankelmotoren in der sowjetisch besetzten Zone gewußt?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

X	1. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei zahlreichen Soldaten Unzufriedenheit darüber besteht, daß in vielen Betriebs- und Behördenkantinen in der Regel die Preise für tägliche Bedarfsartikel wesentlich niedriger sind als in den Bundeswehrkantinen?
X.	2. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Weicht das Truppenkantinensystem der Bundeswehr von dem Wirtschaftssystem verbündeter Streitkräfte ab?
X.	3. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, wenn sich herausstellen sollte, daß die Kantinenbetriebsformen verbündeter Streitkräfte wirksamer sind als die der Bundeswehr?
X.	4. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Trifft es zu, daß beabsichtigt ist, auf der Ilkahöhe bei Tutzing (Starnberger See), einem Naturschutzgebiet, eine Flugabwehrraketenbatterie zu installieren?
X.	5. Abgeordneter **Bals**	Trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium bereit ist, die Kosten für den Ausbau einer fünf Kilometer langen und sechseinhalb Meter breiten Straße im Zuge der geplanten Teilortsumgehung von Bad Reichenhall (B 21) zu übernehmen?
X.	6. Abgeordneter **Dr. Tamblé**	Wieviel Erlasse des Bundesverteidigungsministeriums entsprechen sinngemäß dem Erlaß BMVtdg - U II 4 - an alle Truppenküchen?
X.	7. Abgeordneter **Dr. Tamblé**	Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß „Probleme", wie sie der in Frage X/6 angeführte „Marmeladen-Erlaß" zu regeln versucht, von den Soldaten und zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr auch ohne derartige Erlasse vernünftig geregelt würden?

X. 8. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Sind Erlasse wie der in Frage X/6 angeführte geeignet, dem erklärten Ziel zu dienen, die Bundeswehr von allem unnötigen Schriftverkehr zu entlasten?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Lemper *)**

Ist die Bundesregierung bereit, das von der Gemeinde Quadrath-Ichendorf Kr. Bergheim (Erft) für Bauzwecke dringend benötigte Sportplatzgelände in Ichendorf (Eigentümerin ist die Deutsche Bundesbahn) nach den jahrelangen Verhandlungen nun endlich zu verkaufen?

XI. 2. Abgeordneter **Reichmann**

Welche von den zur Elektrifizierung vorgesehenen Bahnstrecken wird die Deutsche Bundesbahn zuerst ausbauen, die Schwarzwaldbahn Offenburg—Konstanz oder Stuttgart—Singen?

XI. 3. Abgeordneter **Peiter**

Wie ist der Stand der Erörterungen in der Frage, ob für Personenkraftwagen die Mitführung von Feuerlöschern vorgeschrieben werden soll?

XI 4. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wird der Bundesverkehrsminister dafür sorgen, daß zur Entlastung des Nahverkehrs von Kaiserslautern und der Lautertalgemeinden eine Zubringerstraße gebaut wird, die den Fernverkehr auf der Bundesstraße 270 etwa von Katzweiler aus — unter Umgehung der benachbarten Gemeinden — der Autobahn bei Kaiserslautern zuführt?

XI. 5. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Deutschen Bundesbahn und dem Land Rheinland-Pfalz über die Elektrifizierung der Alsenztalbahn von Bingen/Bingerbrück/Mainz nach Kaiserslautern?

XI. 6. Abgeordnete **Frau Funcke (Hagen)**

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der wachsenden Zahl von Verkehrsunfällen auf Zebrastreifen zum Schutz der Fußgänger eine bessere Kennzeichnung der Zebrastreifen zur Pflicht zu machen?

XI. 7. Abgeordneter **Bals *)**

Wie sind die von der Deutschen Bundesbahn im oberbayerischen Fremdenverkehrsgebiet vorgesehenen umfangreichen Streckenstillegungen mit den fortlaufenden Erklärungen der Bundesregierung, den Fremdenverkehr zu fördern, in Einklang zu bringen?

XI. 8. Abgeordneter **Bals *)**

Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, die in Frage XI/7 genannten Streckenstillegungen zu unterlassen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 9.	Abgeordneter **Felder**	Ist der Bundesverkehrsminister bereit, mit der Automobilindustrie die obligatorische Ausstattung aller neu zu liefernden Personenkraftwagen zu besprechen?
XI. 10.	Abgeordneter **Börner**	Kann die Bundesregierung die Vorwürfe entkräften, die in dem Artikel „Ist Fliegen Glücksache?" in der Zeitschrift „Kristall", Heft 4 1965, gegen die Flugsicherung in der Bundesrekublik erhoben worden sind?
XI. 11.	Abgeordneter **Börner**	Sind die in dem in Frage XI/10 erwähnten Artikel gemachten Angaben über die Besetzung der Radarkontrollen Frankfurt (Main), Hannover und München richtig?
XI. 12.	Abgeordneter **Börner**	Was ist unternommen worden, um ähnliche Vorfälle, wie sie am Schluß des in Frage XI/10 erwähnten Artikels im Hinblick auf Gefährdung von Passagierflugzeugen durch Militärflugzeuge geschildert werden, künftig zu verhindern?
XI. 13.	Abgeordneter **Regling**	Beabsichtigt die Bundesregierung, das Lotsengeld für das Traverevier zu erhöhen?
XI. 14.	Abgeordneter **Regling**	Wie haben sich die Einnahmen und Ausgaben in den Lotsenrevieren der Nord- und Ostseehäfen während der letzten Jahre entwickelt?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

XII. 1.	Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der wachsenden Folgelasten und der Verschlechterung der Lebenssituation der Bevölkerung im Raum München, vor allem auch im Hinblick auf die Wohnungsnot, die wegen der hektischen Entwicklung trotz sehr hoher Wohnungsbauleistungen anhält, alle Planungen des Bundes zu überprüfen, die weitere Belastungen des Raumes München — insbesondere der Landkreise im Naherholungsbereich und in den Fremdenverkehrsgebieten — durch neue Behörden, technische, militärische Projekte usw. zur Folge haben?
XII. 2.	Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Ist die Bundesregierung bereit, umgehend zu prüfen, inwieweit von ihrer Seite der Raum München dadurch entlastet werden kann, daß bereits vorhandene Einrichtungen des Bundes, Verwaltungen usw., ganz oder teilweise in andere Orte verlagert werden?
XII. 3.	Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Ist die Bundesregierung bereit, anstelle des bekanntgewordenen Planes, die Bundesbahndirektion Augsburg nach München zu verlegen, umgekehrt die Bundesbahndirektion München nach Augsburg zu verlagern und — angesichts der geringen Bevölkerungsentwicklung

dieser Stadt gegenüber der extremen Entwicklung im Raum München — dort zu einer gemeinsamen Verwaltung zusammenzulegen?

XII. 4. Abgeordneter **Fritsch**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß trotz des Rundschreibens des Bundeswohnungsbauministeriums vom 28. März 1963 betreffend die Anwendung des § 35 des Bundesbaugesetzes an die zuständigen Länderminister die Bautätigkeit im niederbayerischen Raum durch die häufig zu enge Auslegung des Bundesbaugesetzes erheblich eingeschränkt wird?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

XIII. 1. Abgeordneter **Sänger**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung zu den ihr bereits gehörenden 26% der Anteile der Deutschen Wochenschau GmbH in Hamburg weitere 48% zum Preise von 1,6 Millionen Deutsche Mark erworben hat?

XIII. 2. Abgeordneter **Sänger**

Aus welchem Grunde machte die Bundesregierung die von ihr einst vorgenommene Reprivatisierung der Deutschen Wochenschau GmbH rückgängig und übernahm dieses Medium der Berichterstattung und Meinungsbildung in eigene Hände?

XIII. 3. Abgeordneter **Sänger**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Kaufpreis von 1,6 Millionen Deutsche Mark für die Anteile an der Deutschen Wochenschau GmbH den Wert des Objektes beträchtlich überstieg?

XIII. 4. Abgeordneter **Dorn**

Wie hoch sind die haushaltsmäßigen Belastungen, die auf den Bund zukommen, wenn alle Forderungen erfüllt werden müssen, die die Stadt Bonn in mittelbarem und unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verkauf des Gronau-Stadions für die geplanten Parlamentsneubauten genannt hat?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIV. 1. Abgeordneter **Strohmayr**

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zum Schutze des Grundwassers im Zusammenhang mit den vor 1960 eingebauten unterirdischen Heizöltanks?

XIV. 2. Abgeordneter **Strohmayr**

Trifft es zu, daß ein Auswechseln der nicht doppelwandig gebauten Heizöltanks Kosten von rund 3,3 Milliarden DM verursachen würde?

XIV. 3. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, den Eigentümern der vor 1960 eingebauten Heizöltanks aufzuerlegen, nachzuweisen, ob ihre Tanks gütegeprüft und entsprechend sorgfältig eingebaut worden sind?

Bonn, den 19. Februar 1965